Zur Intensivierung der Schweinehaltung in Österreich

Die künftige Versorgung mit Schweinefleisch

Vor dem Kriege produzierte die österreichische Landwirtschaft jährlich 315.000 *t* Fleisch[1]). Davon waren 63% Schweinefleisch und 32% Rindfleisch, der Rest entfiel auf sonstige Fleischsorten (Pferde-, Schaf- und Ziegenfleisch sowie Geflügel und Wild). Im Wirtschaftsjahr 1948/49 betrug dagegen die Fleischproduktion nur 142.000 *t* oder 45% der Friedensproduktion. Besonders stark ist die Schweinefleischproduktion zurückgegangen, die — nach den amtlichen Ziffern — mit 75.000 *t* erst 38%[2]) des Vorkriegsstandes erreicht hat.

Der außergewöhnlich starke Rückgang der Schweinefleischproduktion war hauptsächlich eine Folge der übermäßigen Schlachtungen während des Krieges, besonders aber zu Kriegsende. Die erste Bestandserhebung nach Kriegsende im Herbst 1945 zählte nur 1,029.000 Schweine, das sind 36% des Vorkriegsstandes. Unter normalen Produktionsbedingungen und rentablen Preisen wäre es angesichts der großen Fruchtbarkeit und der Schnellwüchsigkeit des Schweines nicht allzu schwierig gewesen, den dezimierten Schweinebestand in verhältnismäßig kurzer Frist wieder aufzustocken. Da es jedoch an Futter mangelte und die offiziellen Erzeugerpreise bewußt so tief gehalten wurden, daß eine Schweinemast für den legalen Markt unrentabel war[3]), machte die Aufzucht nur geringe Fortschritte. Seit 1947 blieb der Schweinebestand mit etwa 60% des Jahres 1938 überhaupt stationär, da sich in der Landwirtschaft immer mehr die Tendenz durchsetzte, nur noch so viel Schweine zu halten, wie man für die Eigenversorgung und einen mengenmäßig begrenzten Umsatz auf dem Schwarzen Markt benötigte. Zu offiziellen Preisen wurden nur sehr geringe Mengen abgeliefert und dies in der Regel nur, um Hausschlachtungen genehmigt zu bekommen. So wurden z. B. im Jahre 1948 nur rund 0·13 Mill. Stück abgeliefert und etwas mehr als 1 Mill. Stück — meist stärker ausgemästet als vor dem Kriege — im landwirtschaftlichen Haushalt verbraucht oder schwarz verkauft[4]), während vor dem Kriege von einer jährlichen Produktion von rund 2·4 Mill. Stück Schlachtschweinen schätzungsweise 1·4 Mill. Stück der Marktversorgung und 1 Mill. Stück dem Selbstverbrauch zugeführt wurden.

Die planmäßige Drosselung der Schweinezucht war indessen nur eine Notmaßnahme für die Zeit der ärgsten Ernährungsschwierigkeiten. Mit der allmählichen Besserung der Ernährungslage kann nunmehr auch an eine stärkere Intensivierung der Viehzucht und vor allem der Schweinehaltung gedacht werden. Nach dem österreichischen Long-Term-Programm der Landwirtschaft soll die inländische Fleischproduktion schrittweise so weit gesteigert werden, daß im Jahre 1952/53 eine jährliche Produktion von 291.000 *t* erreicht wird, das sind 92% der Vorkriegsproduktion und mehr als das Doppelte des gegenwärtigen Produktionsniveaus. Das Schwergewicht liegt auf der Schweinezucht, die infolge der großen Fruchtbarkeit und der Schnellwüchsigkeit der Schweine[5]), der raschen Umsatzmöglichkeit und der verhältnismäßig geringen Verbundenheit mit dem Gesamtbetrieb rasch gehoben werden kann. Das Long-Term-Programm nennt 179.000 *t* Schweinefleisch im Jahre als Produktionsziel, das bei einem Schweinebestand von 2·6 Mill. Stück im Laufe der nächsten drei Jahre erreicht werden soll.

Die Verwirklichung dieses Planes setzt zweierlei voraus: *Erstens* eine ausreichende Futtermittel-

[1]) Schätzung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft; einschließlich Fett und Innereien.

[2]) Diese Ziffer von 38% erscheint allerdings etwas niedrig, wenn man berücksichtigt, daß der statistisch erfaßte Schweinebestand Ende 1948 immerhin 56% von 1938 betrug. Es liegt daher die Vermutung nahe, daß die Anrechnungsgewichte bei Hausschlachtungen zu niedrig angegeben werden.

[3]) Infolge der ungünstigen Ernährungslage schien es zweckmäßiger, pflanzliche Nahrungsmittel, die auch für den menschlichen Genuß geeignet waren, unmittelbar der menschlichen Ernährung zuzuführen, als sie über den Umweg des Schweinemagens zu veredeln, da bei der Fütterung ein Teil der Kalorien verlorengeht.

[4]) Die Schätzung des landwirtschaftlichen Selbstverbrauches (einschließlich der Schwarzmarktumsätze) beruht auf der Annahme eines einjährigen Umtriebes des statistisch erfaßten Schweinebestandes von 1·25 Mill. Stück (ohne männliche und weibliche Zuchttiere, die mehrere Jahre genutzt werden). Sie ist etwas höher als die Zahl der amtlich erfaßten Hausschlachtungen.

[5]) Im Durchschnitt rechnet man mit 7 Ferkeln pro Wurf und mit einer Trächtigkeitsdauer von vier Monaten.

Die Fleischproduktion Österreichs[1])

	Ø 1934/38	1948/49	1952/53
		in Tonnen	
Rind- u. Kalbfleisch	100.000	57.000	96.000
Schweinefleisch	199.000	75.000	179.000
Anderes Fleisch	16.000	10.000	16.000
Insgesamt	315.000	142.000	291.000

[1]) Nach dem Long-Term-Programm des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft (Angaben einschließlich Speck, Talg, Innereien und Nebenprodukte).

versorgung, und *zweitens* Schweinepreise, die der Landwirtschaft einen genügenden Anreiz zur Intensivierung der Schweinemast bieten.

Die Futtermittelversorgung

Im Gegensatz zur Rinderhaltung, die weitgehend auf heimischen Futtermitteln beruht, ist die Schweinemast in hohem Maße von Futtermittelimporten abhängig. Vor dem Kriege stammten rund die Hälfte des Futtergetreides (Mais, Gerste) und fast 100% des konzentrierten Eiweißfutters (Fischmehl, Fleischmehl, Ölkuchen) aus Importen. Nur der Bedarf an Kartoffeln konnte voll aus der inländischen Produktion gedeckt werden[1]).

Im Krieg und vor allem nach Kriegsende ist die Futtermittelversorgung stark zurückgegangen. Die inländischen Ernten an Kartoffeln und Futtergetreide blieben bedeutend gegenüber der Vorkriegszeit zurück; der Import von Futtermitteln hingegen mußte mangels Devisen fast vollständig eingestellt werden. Dazu kam, daß von der inländischen Kartoffel- und Futtergetreideernte ein bedeutend größerer Teil als vor dem Kriege unmittelbar der menschlichen Ernährung diente. Im Jahre 1947/48 wurden z. B. — nach Schätzungen des Ernährungsministeriums[2]) — nur 30% der verfügbaren Kartoffeln und 54% des verfügbaren Futtergetreides (Inlandsproduktion plus Importe) verfüttert, gegenüber 49% und 80% vor dem Kriege. Nach diesen Schätzungen hätte der gesamte Verbrauch dieser Futtermittel — nach Eiweiß- und Stärkewerten gerechnet — im Jahre 1947/48 nur etwa 25 bis 27% der Vorkriegszeit betragen[3]).

Wenn auch der tatsächliche Futtermittelverbrauch etwas größer gewesen sein dürfte, da es unmöglich ist, einen Schweinebestand von fast 60% des Jahres

[1]) Vor dem Kriege wurde fast die Hälfte der Kartoffelproduktion — 1·39 Mill. *t* von 2·84 Mill. *t* — in der Viehwirtschaft, hauptsächlich an Schweine, verfüttert.

[2]) „Ernährungsbilanz in der Vorkriegszeit und 1947/48." Statistische Nachrichten, Nr. 4 vom 25. April 1949.

[3]) Allerdings wurde ein Teil der Kartoffelration durch Futterrüben ersetzt; jedoch fallen die an Schweine verfütterten geringen Rübenmengen im Rahmen des gesamten Futterbedarfes nur wenig ins Gewicht.

Die Futtermittelversorgung im Wirtschaftsjahr 1947/48 im Vergleich zur Vorkriegszeit[1])

	Ø 1934/38	1947/48	1947/48 Ø 1934/38 = 100
	1000 *t*		
Futtergetreide[2])			
Erzeugung	936	405	43
Einfuhrüberschuß	473	60	13
Verfügbar	1.409	465	33
Verbrauch für			
a) Fütterung	1.123	251	22
b) Konsum	70	120	171
Kartoffeln			
Erzeugung	2.844	1.842	65
Verbrauch für			
a) Fütterung	1.392	564	41
b) Konsum	650	800	123

[1]) Angaben des Bundesministeriums für Volksernährung.

[2]) Gerste, Hafer, Mais, Misch- und anderes Getreide.

1938 mit nicht ganz 30% der Futtermittel der Vorkriegszeit zu mästen, so war doch zweifellos der Mangel an Futtermitteln bisher ein entscheidendes Hindernis für eine schnellere Schweineaufzucht. Wenn also der Schweinebestand im Laufe der nächsten drei Jahre wieder annähernd auf das Vorkriegsniveau gehoben werden soll, so muß die Futtermittelversorgung sowohl quantitativ als auch qualitativ erheblich gesteigert werden.

Das Long-Term-Programm der Landwirtschaft sieht daher bereits für das Wirtschaftsjahr 1949/50 umfangreiche Futtermittelimporte vor, die teilweise (bei Mais und Ölkuchen) über das Vorkriegsniveau hinausreichen. Dagegen wird die inländische Futtermittelproduktion erst nach und nach auf den Vorkriegsstand gehoben werden können. Das Long-Term-Programm rechnet mit einem Zeitraum von etwa drei Jahren. Wahrscheinlich dürften die Vorkriegsernten bereits früher erreicht werden, da schon die heurige Gerstenernte überaus günstig zu werden verspricht und den präliminierten Ertrag weit überschreiten dürfte.

Die voraussichtliche Entwicklung der Futtermittelversorgung[1])

	Ø 1934/38 [2])	1949/50	1950/51	1951/52	1952/53
			in 1000 *t*		
Inlandsproduktion					
Gerste u. Mais	456	306	394	449	492
Kartoffeln	2.844	2.430	2.590	2.828	3.075
Importe					
Mais	346	450	430	420	400
Gerste	45	40	40	40	35
Futtermehl	78	70	60	60	50
Fisch- und Fleischmehl	8	10	10	10	10
Ölkuchen	37	45	43	42	40

[1]) Nach dem Long-Term-Programm des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft.

[2]) Bei Importen Durchschnitt 1935/37.

Aber auch wenn nur die im Long-Term-Programm vorgesehenen Futtermittelmengen verfügbar werden, kann der Futtermittelengpaß weitgehend als überwunden gelten, so daß von dieser Seite einer forcierten Schweinezucht kaum nennenswerte Hindernisse entgegenstehen dürften.

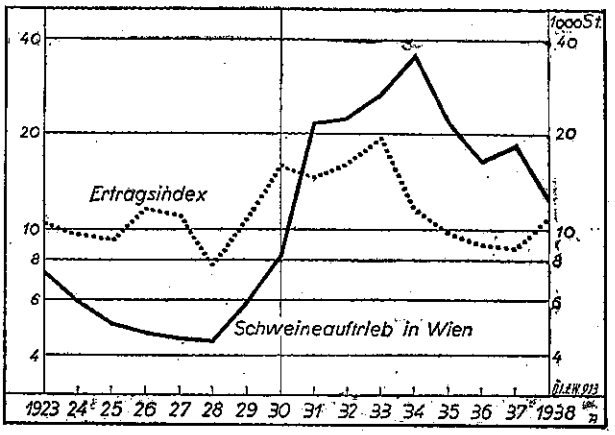
Die Rentabilität der Schweinemast

Die Schweinemast reagiert besonders rasch und ausgeprägt auf Verschiebungen der Preis-Kosten-Relation, da sie leicht eingeschränkt bzw. ausgedehnt werden kann. Die hohe Anpassungsfähigkeit der Produktion beruht vor allem darauf, daß der Ferkelbestand dank der bereits erwähnten Fruchtbarkeit und Schnellwüchsigkeit des Schweines relativ kurzfristig vergrößert werden kann und die für die Schweinefütterung geeigneten Futtermittel zum überwiegenden Teil auch anderweitig verwendbar sind (z. B. unmittelbar für die menschliche Ernährung oder für die industrielle Verarbeitung). Die Preiselastizität des Schweineangebotes ist so groß, daß in einer freien Marktwirtschaft kurzfristige preisinduzierte Produktionsschwankungen entstehen, die als „Schweinezyklus" bekannt sind[1]).

Unter diesen Umständen ist ein ausreichender Preisanreiz eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die von der Landwirtschaft gesteckten Produktionsziele erreicht werden. Der bisherige, bis zum dritten Preis-Lohn-Abkommen geltende Preis für Schlachtschweine war so niedrig angesetzt, daß es sich kaum lohnte, Schweine für den legalen Markt zu mästen. Der „Ertragsindex der Schweinewirtschaft" — Verhältnis der Großhandelspreise von Futtermais und Schweinefleisch —, der allgemein als Maßstab für die Rentabilität der Schweinemast gilt, betrug im Durchschnitt der ersten 5 Monate des Jahres 1949 für freien Futtermais 5·8 und bei im Rahmen der Mastaktion gelieferten Mais 9·3. Im ersten Falle lag der Ertragsindex weit unter und im zweiten Falle nur wenig über dem des Jahres 1937 (8·9); in der Hochkonjunkturperiode 1930 bis 1933 erreichte der Ertragsindex 16·5.

[1]) Die regelmäßigen (zyklischen) Produktionsschwankungen entstehen auf folgende Weise: Bei günstigen Preis- und Kostenrelationen werden die Bestände verhältnismäßig rasch vermehrt, so daß das Angebot an Schlachtschweinen 12 bis 18 Monate später bedeutend zunimmt. Da jedoch die Nachfrage relativ unelastisch ist, sinkt der Schweinepreis. Die Produktion wird infolge der niedrigen Preise eingeschränkt, und zwar verhältnismäßig stärker, als zur Erreichung eines stabilen Marktgleichgewichtes notwendig ist. Die so entstehende Angebotsverknappung ruft einen neuen Preisauftrieb hervor und das Spiel beginnt von neuem. Diese Produktions- und Nachfragereaktionen verlaufen so regelmäßig, daß aus einem gegebenen Schweinebestand mit weitgehender Genauigkeit Voraussagen über die künftige Entwicklung der Schweinepreise möglich sind (siehe *A. Hanau:* „Die Prognose der Schweinepreise", Sonderheft Nr. 7 des Institutes für Konjunkturforschung, Berlin, 1928).

Abb. 3. Ertragsindex und Schweineauftrieb in Wien in den Jahren 1923 bis 1938
(Logarithmischer Maßstab; Ertragsindex[1]); Jahresdurchschnitt des Auftriebes inländischer Schweine in Wien in 1000 Stück)



[1]) Großhandelspreis von Schweinefleisch als Vielfaches des Großhandelspreises von Futtermais. (Jahresdurchschnitt.)

Für die Rentabilität der Schweinemast ist im allgemeinen das Preisverhältnis zwischen Schweinefleisch und Futtermais (Ertragsindex) aufschlußreich. Die hohe Rentabilität der Schweinemast zwischen 1929 und 1933 — bedingt durch die zollfreie Einfuhr billiger Futtermittel — hatte eine starke Vermehrung der Bestände und ein Überangebot an Schweinefleisch zur Folge. Da dessen billiger Preis einen Konsumrückgang bei Rindfleisch auslöste und den Absatz von Rindern erschwerte, verringerte man die Rentabilität der Mast und damit das Angebot durch Verteuerung der Futtermittel (Lizenzgebühren). (Die Angebotserhöhung von 1936 auf 1937 war die Folge einer guten Kartoffelernte und und von niedrigen Kartoffelpreisen.)

Die Entwicklung des Ertragsindex der Schweinewirtschaft[1])

Ø 1923/29 . . .	10·1	Ø 1937	8·9
Ø 1930/33 . . .	16·5	1949 Ø I.—V.	9·3[2])
Ø 1935	9·8	1949 VI. . .	15·1[2])

[1]) Großhandelspreis von Schweinefleisch als Vielfaches des Großhandelspreises von Futtermais.

[2]) Für Futtermais, der im Rahmen der Mastaktion bereitgestellt wird; der Ertragsindex für freien Futtermais beträgt 5·8 bzw. 9·4.

Außerdem ist zu berücksichtigen, daß der Ertragsindex nur so lange über die Entwicklung der Rentabilität der Schweinemast Aufschluß gibt, als das Verhältnis zwischen den Preisen für Einstellferkel und Schlachtschweinen unverändert bleibt.

Kosten- und Preisverhältnisse in der Schweinemast

Zeit	Ferkel [1]	Mais [2]	Fischmehl [2]	Fleischschweine [3]	Schweinefleisch [4]
	Preisindizes, Ø Jänner bis April 1937=100				
1949 Ø I.—IV.	1.114·9	358·8	243·2	381·0	409·8
VI. . .	1.124·7	358·8	243·2	558·1	663·7

[1]) Ferkelpreise in Wels. — [2]) Preise im Rahmen der Mastaktion. — [3]) Wien, St. Marx, II. Qualität. — [4]) Großhandelspreise nach Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes.

Tatsächlich ist jedoch der Ferkelpreis seit der Vorkriegszeit bedeutend stärker gestiegen als die Preise für Futtermittel und für Schlachtschweine. Während die Preise für lebende Schweine seit 1937 um 281%, die für Futtermais im Rahmen der Mastaktion um 259% und für Fischmehl um 143% gestiegen sind, beträgt die Preissteigerung für Ferkel über 1000%. Dementsprechend hat sich die Zusammensetzung der Gestehungskosten stark verschoben. Entfielen vor dem Kriege vom Erlös für 100 *kg* Schweinefleisch im Durchschnitt rund 70% auf Futterkosten und nur 20% auf den Ferkelzukauf, so erreichte dieser — vor dem dritten Preis-Lohn-Abkommen — allein 40% des Gesamterlöses. Infolge des hohen Ferkelpreises war die Schweinemast für den legalen Markt, selbst wenn die Futtermittel im Rahmen der Mastaktion bezogen wurden, unrentabel, obwohl der Ertragsindex auch bis zum dritten Preis-Lohn-Abkommen etwas höher lag als im Jahre 1937[1]).

Der hohe Ferkelpreis mag überraschen, da die Nachfrage nach Ferkeln als „spezifische", nicht anders verwendbare Produktionsmittel ausschließlich durch die Rentabilität der Schweinemast bestimmt wird. Er erklärt sich jedoch dadurch, daß gerade für Schweinefleisch ein ausgedehnter Schwarzer Markt besteht, dessen Preise auch bei den überhöhten Ferkelpreisen eine rentable Mast ermöglichen. Auffallend ist nur, daß bisher trotz hohen Ferkelpreisen das Angebot auf den Ferkelmärkten nur unbedeutend zugenommen hat, was wohl darauf zurückzuführen sein dürfte, daß ein erheblicher Teil der Ferkel unter Umgehung der Märkte „unter der Hand" abgesetzt wird.

Die Unrentabilität der Schweinemast für den legalen Markt stellte den Erfolg der eingeleiteten Schweinemastaktion in Frage. Man entschloß sich daher im dritten Preis-Lohn-Abkommen, die offiziellen Schweinepreise um etwa 47% zu erhöhen. Dadurch steigt der Ertragsindex der Schweinewirtschaft von 9·3 auf rund 15·1 (bei Mais im Rahmen der Mastverträge) bzw. von 5·8 auf 9·4 (bei freiem Mais) und die Schweinemast wird trotz überhöhten Ferkelpreisen rentabel. Die Rentabilität der legalen Schweinemast mußte allerdings mit einem Schweinepreis erkauft werden, der nur wenig unter dem Schwarzmarktpreis liegt und bedeutend höher ist als die übrigen Viehpreise[2]).

Die Entwicklung der Viehpreise[1])

	Schlachtochsen I. Qual.		Kälber I. u. II. Qual.		Fleischschweine II. Qual.	
	100 *kg* Lebendgewicht					
	S	%	S	%	S	%
1937 Ø I.—IV.	144·3	100·0	146·9	100·0	152·3	100·0
1949 VI. . . .	470·0	325·8	590·0	401·7	850·0	558·1

[1]) Preise am Zentralviehmarkt Wien-St. Marx.

Die hohen Verbraucherpreise für Schweinefleisch sind jedoch nicht allein auf den hohen Produzentenpreis, sondern zum Teil auch auf die *hohen Handels- und Verarbeitungsspannen* zurückzuführen. So stieg die Spanne zwischen dem Wiener Marktpreis für Lebendschweine (II. Qualität) und dem Großhandelspreis (bzw. Verbraucherpreis) für Schweinefleisch von 27% (58%) im Jahre 1937 auf 37% (71%) vor, und auf 51% (96%) nach dem dritten Preis-Lohn-Abkommen[3]).

Handels- und Verarbeitungsspannen bei Schweinefleisch

Zeit		Fleischschweine [1]) II. Qualität je 100 *kg* Lebendgewicht	Schweinefleisch Großhandelspreis je 100 *kg*	Schweinefleisch Verbraucherpreis je 100 *kg*
1937 Ø I.—IV.	S	152·25	193·75	240·00
	%	*100*	*127*	*158*
1949 Ø I.—IV.	S	580·00	794·00	991·51
	%	*100*	*137*	*171*
1949 VI.	S	850·00	1.286·35	1.663·00
	%	*100*	*151*	*196*

[1]) Preise am Zentralviehmarkt Wien-St. Marx.

[1]) Der überwiegende Teil der für den Markt produzierenden Betriebe ist auf den Zukauf von Ferkeln angewiesen, da Zuchtsauen und Zuchteber meist nur von solchen Landwirten gehalten werden, die darin langjährige Erfahrungen besitzen.

[2]) Die Preisbildung in der Schweinewirtschaft ist ein gutes Beispiel dafür, daß Preisvorschriften für Endprodukte ihren Sinn verlieren, wenn die Preise für die Produktionsmittel nicht kontrolliert werden und es nicht gelingt, die Endprodukte lückenlos zu bewirtschaften. In diesem Falle treibt der Schwarze Markt für die Endprodukte die freien Preise der Produktionsmittel so weit in die Höhe, daß die Produktion für den legalen Markt unrentabel wird. Die kontrollierten Preise für Finalprodukte müssen dann weitgehend den Schwarzmarktpreisen angeglichen werden, wenn eine Einstellung der legalen Produktion vermieden werden soll.

[3]) Die hohen Preise für einzelne Fleischsorten erklären sich zum Teil auch daraus, daß der Speck- bzw. Schmalzpreis nicht erhöht wurde.

Die voraussichtliche Entwicklung der Schweineproduktion

Die hohen Erzeugerpreise für Schlachtschweine lassen erwarten, daß die im Rahmen der Mastaktion gebotene Möglichkeit der Intensivierung weitgehend ausgenützt wird. Dadurch wird zunächst eine verstärkte Nachfrage nach Ferkeln einsetzen, so daß der überhöhte Ferkelpreis vermutlich auch bei wachsendem Ferkelangebot zunächst noch gehalten werden kann. Die Preiskonjunktur der Ferkelzucht wird jedoch nach einiger Zeit abklingen und einer Preiskonjunktur der Schweinemast Platz machen, die, gleichbleibende Schweinepreise vorausgesetzt, umso rentabler wird, je mehr die überhöhten Ferkelpreise auf ein normales Maß reduziert werden. Der erhöhte Preisanreiz wird der Schweinemast einen weiteren Auftrieb verleihen, so daß bei ausreichenden Futtermittelimporten voraussichtlich bereits in einem Jahr mit einer bedeutend besseren Schweinefleischversorgung der städtischen Bevölkerung gerechnet werden kann.

Es darf indessen nicht übersehen werden, daß eine übermäßige Preiskonjunktur in der Schweinehaltung auch entscheidende Nachteile aufweist. Nicht nur daß die übrige Viehzucht zu Gunsten der Schweinemast vernachlässigt wird, birgt sie auch die Gefahr einer Überkonjunktur, der später zwangsläufig ein Produktionsrückschlag folgen muß. Die offiziellen Schweinefleischpreise liegen bereits heute nur noch wenig unter den Schwarzmarktpreisen, so daß sich die Bewirtschaftung bereits bei einer verhältnismäßig kleinen Angebotssteigerung erübrigen dürfte. Eine weitere Zunahme des Angebotes müßte vor allem dann, wenn sie stoßartig erfolgt, zu einem stärkeren Rückgang der Schweinepreise führen, der auch die auf hohe Schweinepreise eingestellte Produktion beeinträchtigen würde. Es wäre daher durchaus möglich, daß der gegenwärtige starke Preisanreiz die Ursache für spätere Produktionsschwankungen nach dem Muster des „Schweinezyklus" wird. Unter diesen Umständen fragt es sich, ob nicht auf längere Sicht gesehen eine geringere Erhöhung des Preises für Schweinefleisch vorteilhafter gewesen wäre. Der Produktionsanreiz wäre dann zwar geringer gewesen, der Vorteil einer auf längere Sicht stetigen Aufwärtsentwicklung der Schweinezucht hätte jedoch den Nachteil einer etwas langsameren Aufzucht mehr als wettgemacht.

Zur Kommerzialisierung der Österreichischen Bundesbahnen

Die Österreichischen Bundesbahnen sind seit Kriegsende stark passiv. Der Betriebsabgang (Defizit in der laufenden Gebarung) stieg von 168 Mill. S im Jahre 1946 auf 292 Mill. S im Jahre 1947 und 375 Mill. S im Jahre 1948. Für das Jahr 1949 erwartet man sogar ein Defizit von 450 Mill. S, das selbst durch die beachtlichen Tariferhöhungen des dritten Preis-Lohn-Abkommens (die Gütertarife wurden bekanntlich um 76·3 % und die Personentarife um 25 % erhöht) nur unbedeutend vermindert werden dürfte, da gleichzeitig die Kosten des Bahnbetriebes (erhöhte Kohlen- und Strompreise, höhere Löhne und Gehälter, 13. Monatsgehalt) stark gestiegen sind.

Angesichts des hohen Defizits, das dem Fiskus und damit am Ende den Steuerzahlern jährlich hohe finanzielle Lasten aufbürdet, wird vielfach die Forderung nach einer „Kommerzialisierung" der Bundesbahnen erhoben. Die seit 1945 bestehende „unmittelbare" Verwaltung[1]) solle aufgehoben und dafür ein selbständiger Wirtschaftskörper („mittelbare" Verwaltung) geschaffen werden, der nach „kaufmännischen Grundsätzen" zu führen sei. Man verspricht sich davon eine wirtschaftlichere Betriebsführung und eine bedeutende Verringerung, wenn nicht gar die vollständige Beseitigung des Betriebsdefizits. Die Entscheidung für einen selbständigen Wirtschaftskörper „Österreichische Bundesbahnen" ist jedoch

[1]) *Mittelbare* Verwaltung liegt dann vor, wenn die Leitung einem besonderen, autonomen Wirtschaftskörper übertragen ist. Im *unmittelbaren* System dagegen sind die Staatsbahnen direkt der Hoheitsverwaltung eingeordnet. Das Behördenüberleitungsgesetz vom 20. Juli 1945 führte die unmittelbare Verwaltung der Bundesbahnen ein, wie sie vor 1923 bestanden hat. Die Möglichkeit, die Bundesbahnen zu einem späteren Zeitpunkt in einen selbständigen Wirtschaftskörper umzuwandeln, wurde jedoch offen gelassen. Bis dahin hat die dem Verkehrsministerium angegliederte Generaldirektion die Staatsbahnen nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen.